

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land



Bezugspreis
für die laufende Woche
50 Goldpfennig
Die Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags.

Druck und Verlag Fr. Kufle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31

Telefon Nr. 83
Postfach Nr. 5796
Schiedsmannover

Anzeigenpreis:
Preis für die 1. Spalte 10
Zeilen oder deren Raum für
Stadt- und Landkreis Herford
10 Goldpfennig;
Reklamen
50 Goldpfennig

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 297.

Herford, Donnerstag, den 20. Dezember 1923.

41. Jahrgang.

Keine Vermehrung der Rentenmark- Kredite.

Gefreulich feste Haltung des Aufsichtsrats. — Gegen zu
hohe Zinsen.

Wtb. Berlin, 19. Dez. Am 18. d. Mts. fand in den
Räumen des Reichswirtschaftsrates die erste Aufsichtsrats-
sitzung der deutschen Rentenbank statt. Nach dem eingehenden
Bericht des Vorstandes über die gegenwärtige Geschäfts-
lage und die bisherigen Maßnahmen der Verwaltung der
deutschen Rentenbank wurde in der anschließenden Aus-
sprache übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß die
Rentenbank als das gegenwärtig fest fundierte deutsche
Zahlungsmittel unbedingt vor allen schädlichen Einflüssen
bewahrt werden müsse. Im Zusammenhang damit wurde
ein auf der Tagesordnung stehender Antrag des Reichs-
finanzministers erörtert, der Aufsichtsrat wolle gemäß § 5
und 14 der Satzungen den Verwaltungsrat ermächtigen,
unter bestimmten Voraussetzungen der Reichsregierung
einen Zusatzkredit über die in der Rentenbank-Verordnung
vorgesehenen 1200 Millionen hinaus zu gewähren. Der
Reichsfinanzminister Dr. Luther vertrat persönlich den An-
trag, indem er vertrauliche Ausführungen über die in den
nächsten Wochen und Monaten zu erwartenden Reichsein-
nahmen und über die planmäßig zu erzielenden Ersparnisse
in den Reichsausgaben machte und insbesondere betonte, daß
es sich hier nur um einen vorübergehenden Kredit handle,
der keine inflationistischen Wirkungen habe.

Der Aufsichtsrat folgte jedoch der Anregung des Ver-
waltungsrates und lehnte nach Anhörung verschiedener
Redner, die der Besorgnis Ausdruck gaben, daß ein weiterer
Reichskredit das Vertrauen in die Rentenmark untergraben
könnte, den Antrag des Reichsfinanzministers als zur Zeit
unbegründet ab.

Mit Bedauern wurde davon Kenntnis genommen, daß
die Banken teilweise bei der Weitergabe der für die Wirt-
schaft bestimmten Rentenmarkkredite gegenüber dem Reichs-
bankrat von 10 Prozent für das Jahr unverhältnismäßig
hohe Zinsen fordern. Gegen diese bei Goldmarkkrediten
völlig unbegründete Ueberteuerung des Kredites muß in

erster Linie Abhilfe durch die Kreditnehmer selbst erfolgen.
Die Verwaltung sagte jedoch auch von sich aus zu, in ge-
eignet erscheinender Weise auf eine Herabsetzung der Zin-
sen für Rentenmarkkredite hinzuwirken.

Rentenmark-Wechsel.

Um eine kurzfristige Anlegung von Rentenmarkbestän-
den zu ermöglichen, werden voraussichtlich vom 22. De-
zember d. Js. ab durch die Reichsfinanzverwaltung an
Banken, Bankiers, Girozentralen, Sparkassen, Kredit-
genossenschaften und Handels- und Industriefirmen und
landwirtschaftliche Verbände auf Rentenmark lautende
Wechsel des Reiches abgegeben. Die Wechsel, die in Ab-
schnitten von 5000 und 10 000 Rentenmark ausgestellt
werden und eine Laufzeit zwischen 14 Tagen und drei Mo-
naten haben, können jederzeit durch sämtliche Reichsbank-
anstalten gebührenfrei bezogen werden. In Berlin, wo die
Ausgabe durch die Schatzamtsabteilung der Reichs-
finanzbank, Hauptvogelplatz 1, stattfindet, sind auch Wechsel
mit einer Laufzeit von acht Tagen erhältlich. Die Fällig-
keitsdaten sind der 10., 20. und letzte des Monats. Die
Wechsel werden von der Reichsschuldenverwaltung aus-
gestellt und sind mit zwei Unterschriften versehen. Sie wer-
den beim Kauf durch die abgebende Stelle auf den Er-
werber gestellt. Bei der in Rentenmark zu leistenden Ein-
zahlung werden Zinsen vom Tage der Einzahlung bis zum
Fälligkeitstage im Voraus vergütet. Die Zinssätze bewegen
sich je nach der Länge der Laufzeit und der Höhe der Beträge
zwischen 8 und 9 Prozent. Banken, Girozentralen, Spar-
kassen und Kreditgenossenschaften erhalten eine besondere
Provision von ein Achtel Prozent. Die Wechsel werden nach
Fälligkeit auf sämtliche Steuern und Abgaben in Zahlung
genommen, soweit der zu zahlende Betrag nicht geringer
ist als die Wechselsumme. Die Einziehung fälliger Wechsel
erfolgt kostenlos in Berlin durch die Staatschuldenentlastungs-
kasse, auswärts durch die Reichsbankanstalten. Näheres ist
bei den Reichsbankanstalten zu erfahren.

Die neuen Notsteuern.

Sechs neue Abgaben.

Die zweite Steuernotverordnung ist Mittwoch auf Grund des
Ermächtigungsgesetzes erlassen worden und wird heute im Reichs-
gesetzblatt veröffentlicht werden.

Sie umfaßt im wesentlichen sechs Punkte,
einmal eine Abgeltung der Einkommensteuer für 1923,
zweitens die Vorauszahlungen der Einkommensteuer für das
Jahr 1924,
drittens eine Neuordnung der Vermögenssteuer,
viertens Umstellung der Erbschafts- und Kapitalverkehrs-
steuer auf Gold,
fünftens eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer,
sechstens Bestimmungen über verspätete Steuerzahlung.

Die Bestimmungen über die Einkommensteuer für das vergan-
gene und für das nächste Jahr bewegen sich im wesentlichen in den
bereits bekanntgegebenen Grenzen.

Neu ist, daß für die nicht zur Landwirtschaft oder die gewerbe-
treibenden Berufe, besonders bei Einkommen aus den freien Berufen
und aus selbstständigen Arbeiten, zum Beispiel Lantienmen, bis zu
einem Einkommen von 8000 Mark jährlich — bisher hieß es von
6000 Mark jährlich — am Ende jedes Vierteljahres die 10proz. Ein-
kommensteuer zu zahlen ist, für Einkommen über 8000 Mark hinaus
20 v. H. des Einkommens.

Für die Einkommensteuer aus Arbeitseinkommen bleibt es bei
einer 10proz. Steuer. Vom Lohn bleiben wöchentlich 12 Mark
steuerfrei, von dem mit 10 v. H. zu versteuernden Einkommen gibt
es ferner Ermäßigungen für Verheiratete, für Frauen und Kinder,
und zwar in der Weise, daß bei kinderlos verheirateten statt 10
v. H. 9 v. H., bei Verheirateten mit 1 Kind 8 v. H., mit 2 Kindern
7 v. H., mit 3 Kindern 6 v. H. usw. zu zahlen sind.

Bei einem Arbeitseinkommen über 8000 Mark ist die Summe,
die 8000 Mark übersteigt, zu veranlagern, und in diesem Falle
findet ebenso wie bei den freien Berufen für das 8000 Mark über-
steigende Vermögen 20 v. H. des Einkommens zu zahlen abzüglich
der Summe, die bereits durch die Lohnsteuer abgegolten ist.

Die Nahrungskredite.

Verhandlungen vor der Repts.

Paris, 19. Dez. Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine schein-
bar aus halbamtlicher Quelle stammende Nachricht folgenden In-

so könnte die verlangte Priorität zugestanden werden, jedoch unter
den strikten Bedingungen, die noch näher festzulegen wären.

Paris, 19. Dez. Die Reparationskommission hat am Mittwoch
entgegen dem Wunsche des englischen Delegierten Bradbury keine
Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende Barthou hat vielmehr be-
stimmt, daß erst nach der Rückkehr Bradburys aus England in der
regulären Freitagssitzung der deutsche Antrag auf Priorität für die
Nahrungskredite und die Erneuerung der beiden Sachverständigen-
ausschüsse zur Beratung kommen.

London, 19. Dez. Die „Daily News“, die gestern morgen als
einziges Blatt den Besuch Sir John Bradburys bei Ramsay Mac-
donalds ankündigten, haben heute morgen die Genehmigung, festzu-
stellen, daß der Besuch, der gestern Gegenstand von Dementis des
Schatzministers, der Arbeiterpartei und der Zeitungen gewesen ist, doch
stattgefunden hat. Auf seiner Rückreise nach London erklärte Sir
John Bradbury, daß er die Liste der Sachverständigen, die er vor-
zuschlagen gedenke, mit den Führern der drei Parteien, Baldwin,
Macdonald und Ramsay Macdonald, durchgesprochen habe. Er lege den
größten Wert darauf, daß sein Besuch bei Ramsay Macdonald nicht
als eine Anerkennung etwaiger Aussichten gedeutet werden dürfe,
daß Ramsay Macdonald Premierminister werde.

Die Arbeitszeit.

Verbilligung der Gütererzeugung.

Im Künzleiner-Ausschuß des Reichstages begann gestern
die allgemeine Aussprache über die Arbeitszeitverordnung.
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies in seiner Begrün-
dung darauf hin, daß die durch die Verordnung erfolgte
Regelung der Arbeitszeit keinesfalls definitiv sein soll, son-
dern schon durch die Einleitungsformel ausdrücklich als eine
vorläufige Maßnahme gekennzeichnet werde. Inhaltlich
verfolge die Verordnung die gleichen Ziele, wie sie zwischen
den damaligen Regierungsparteien und der Reichsregierung
am 5. und 6. Oktober 1923 vereinbart worden seien, näm-
lich unter entsprechender Berücksichtigung der sozialpoliti-
schen Belange wesentliche Bestimmungen für die freie und
kraftvolle Betätigung des Arbeitswillens mit dem Ziele
einer Förderung und Verbilligung der Gütererzeugung zu
beseitigen. Allerdings müßten entsprechend der inzwischen
eingetretenen weiteren Verschlechterung der Lage die wirt-
schaftlichen Notwendigkeiten in einigen Punkten stärker be-
tont werden und den inzwischen getätigten freien Verein-
barungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Rech-
nung getragen werden.

Angenommen wurde ein Antrag, worin der Regierung
nachgelegt wurde, in § 6 bei der Einführung der Gründe,
die eine abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zu-
ständigen Gewerbeaufsichtsbeamten zugelassen, statt der
Formulierung „aus allgemein wirtschaftlichen Gründen“
zu wählen: „im Interesse einer volkswirtschaftlich notwen-
digen Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung“. Die
Bestimmung der alten Demobilisierungsverordnung
bleibt aufrechterhalten, wonach vom achtstündigen Arbeits-
tag abgewichen werden kann, wenn Arbeiten im öffentlichen
Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen. (Nr. 2
Abf. 1 § 4 der Verordnung vom 18. März 1919.)

Nachdem wurde die Verordnung zur Milderung des
Mieterschutzes

und das Wohnungsmangelgesetzes beraten. Die Verord-

Das bayerische Ermächtigungsgesetz abgelehnt.

München, 19. Dez. Bei der Weiterberatung des Ermäch-
tigungsgesetzes im Landtagsausschuß ergab sich eine völlig unvor-
hergesehene Wendung. Der Bauernbund, der schon Dienstag Be-
denken geäußert hatte, erklärte nämlich plötzlich, daß er gegen das
Gesetz stimmen werde. Der innere Grund dafür liegt darin, daß
auch das vom Bauernbund besetzte Landwirtschaftsministerium,
dessen Erhaltung den Angelpunkt der bauerndemokratischen Politik
bildet, aufgegeben werden soll. Das Gesetz wurde schließlich nur
mit 18 Stimmen gegen 10 Stimmen des Bauernbundes, der Sozial-
demokraten und der Kommunisten angenommen. Damit ist die
notige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Der Ausgang im Plenum
wird von dem Ergebnis der Verhandlungen abhängen, die mit dem
Bauernbund und den Sozialdemokraten schweben. Wenn der Bauern-
bund nicht durch Zugeständnisse umgestimmt wird, ist auch die Re-
gierungskoalition gesprengt. Die Bayerische Volkspartei, die Mittel-
partei und die Deutsche Volkspartei verfügen zusammen über 83
Stimmen und damit über eine nicht tragfähige absolute Mehrheit
von nur vier Stimmen. Es wird auch davon gesprochen, daß viel-
leicht die Sozialdemokraten, die einen großen Trumpf in der Hand
haben, dazu gebracht werden könnten, sich zu teilen, d. h. die zur
Erreichung der Zweidrittelmehrheit nötigen Stimmen für das Gesetz
abzugeben.

Wtb. München, 19. Dez. Im bayerischen Landtag erfolgte
heute abend nach kurzen Erklärungen des Bauernbundesführers und
des kommunistischen Tenders, die sich gegen die Vorlage aussprachen,
die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Abgegeben wurden
145 Stimmen, davon 91 für das Ermächtigungsgesetz und 54 da-
gegen. Da die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist, gilt
das Gesetz als abgelehnt.

Wtb. München, 19. Dez. Der Landtag nahm einen Antrag
Funkte (Bayr. Wp.) an, der allgemein eine umgehende Überprüfung
der Verordnungen des Generalstaatskommissars v. Kahr auf wirt-
schaftlichem und sozialem Gebiete verlangt. Im Laufe der Aus-
sprache wurde von verschiedenen Seiten lebhafter Kritik an den wirt-
schaftlichen Maßnahmen des Generalstaatskommissariats geübt.

Wtb. München, 19. Dez. Zu den Gerüchten von einem au-
gebliebenen Putsch, der gegen Landtag und Regierung geplant sein
soll, wird mitgeteilt, daß im Laufe des heutigen Tages umfangreiche
Vorkehrungsmaßnahmen getroffen wurden. Der Landtag erhielt polizei-
lichen Schutz, ebenso wurden die Post und das Telegraphenamt durch
Landespolizei gesichert.

nung berechtigt die Oberste Landesbehörde, statt der monatlichen die wöchentliche Mietzahlung zuzulassen sowie anzuordnen, daß entgegen der Vorschrift des § 551 BGB. die Miete im voraus gezahlt werden soll. Ferner die Vorschriften des Mieterchutzgesetzes und Wohnungsmangelgesetzes auch auf Neubauten, die mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln begonnen sind, nach Anordnung der Obersten Landesbehörde angewandt werden können.

Weiter enthält der Entwurf die Bestimmung, daß das beim Zwangsmietvertrag dem Verfügungsberechtigten laut § 4 des Wohnungsmangelgesetzes zustehende Widerspruchsrecht aufgehoben wird. Der Ausschuss beschloß, der Regierung zu empfehlen, den Obersten Landesbehörden die im Entwurf vorgesehene Ermächtigung zur Anordnung der Vorauszahlung der Mieten nicht zu erteilen.

Traurige Geistesverfassung.

In Wetter a. d. Ruhr erscheint seit einem Jahr fünf eine Zeitschrift „Mutiges Christentum“, herausgegeben von dem protestantischen Pastor Zausied. Das kleine Blatt hat eine Lesegemeinde, die über die Gemeinde des Herausgebers hinausreicht, denn es nimmt seine Sache ebenso ernst wie unbefangenen, schreibt unbefangenen um rechts und links und bemüht sich, alle Dinge beim rechten Namen zu nennen. In der letzten Nummer äußert sich ein Student, der an einem Aussprachabend einer deutschnationalen Studentenvereinsung teilgenommen hat, über die Geistesverfassung der jungen Völkischen, die er dort traf, folgendermaßen:

Wir hat sich an diesem Abend die Verantwortung, die wir christliche Studenten für unsere völkischen Kommilitonen tragen, mit Zentnerlast auf die Seele gelegt. Ich sprach in der Aussprache einige Worte über Jesu und der Urgemeinde Stellung zum Privateigentum und mußte die traurige Erfahrung machen, daß in dieser nationalen Studentenschaft fast gar kein Verständnis für Christus und seine Botschaft vorhanden ist. Der Hohn und Spott, der auf den Gesichtern der Kommilitonen zu lesen war und der auch in der Unruhe und Zwischenrufen zum Ausdruck kam, mußte nachdenklich stimmen. Kann eine Bewegung, die das, was uns Christen das Höchste ist — die Nachfolge Christi und die Verkündigung vom Reich Gottes — mit so unverschämter Geringschätzung behandelt, für unser Vaterland ein Segen sein? Dürfen wir christlichen Studenten tatenlos zusehen, wie sich große Scharen unserer Kommilitonen, ja selbst Theologen, hemmungslos einem antichristlichen Nationalismus und Antisemitismus in die Arme werfen? Ich habe in diesen Tagen junge Theologen in einer Weise reden hören, als enthalte ihre Bibel ein Jesuwort: „Schlagt alle Juden tot. Nur in der Kasse liegt das Heil!“ Wir wollen es offen aussprechen: Die größte Gefahr, die uns heute bedroht, ist die, daß wir uns bedingungslos dem Nationalismus in die Arme werfen. Wir müssen uns jetzt endlich darüber klar werden, wem wir Gefolgschaft leisten wollen...

Als ein kleines Bild aus der Zeit mag dies festgehalten werden. Er bestätigt freilich nur, was man weiß, doch ist die Mitteilung über jene jungen Theologen, eben daß es sich um Theologen handelt, besonders reizvoll. Die Jugend geht heute sehr verschiedene Wege.

Oesterreichs Vorbild.

Die Sparpraxis in Oesterreich.

Im Reichstag hielt auf Einladung des Reichsfinanzministers Minister a. D. Sämisch der österreichische Sparungskommissar, Präsident Hornik, einen fesselnden Vortrag über seine bisherige Tätigkeit. Einleitend führte der Redner aus, daß der österreichische Sparungskommissar kein Spar-diktator, sondern ein außerordentliches Hilfs- und Exekutivorgan der Bundesregierung sei, das den normalen zuständigen Instanzen den erforderlichen Impuls in Form von Anträgen geben müsse, während die Durchführung der Reformen Sache der zuständigen Verwaltungsstellen bleiben müsse. Nicht nur der Druck des Genfer Sanierungspro-

Das Neueste vom Tage

Der Reichslandbund und die Vereinigung deutscher Bauernvereine haben dem Reichskanzler eine Denkschrift überreicht, worin die Ueberleitung von Post und Eisenbahn in Privatbetriebe verlangt wird.

Zwischen den sächsischen Parteien des Landtags sind Verhandlungen angebahnt, um die Große Koalition zu bilden.

Der Verein Deutscher Eisengießereien hat für die jetzt geltenden Preise einen Nachlaß von 20 v. H. von heute ab festgesetzt.

Die Berliner Bezirksschuldeputation 1 bis 6 hat auf die Frage über die Ernährungsverhältnisse der Schulkinder in 12 Volksschulen folgendes Bild erhalten: 16,5 Prozent der Kinder waren an dem Stichtage ohne heißen Morgentranke, 8,38 Prozent hatten kein Brot zum ersten Frühstück, 6,38 Prozent brachten kein Frühstück mit zur Schule, 5,66 Prozent hatten an dem Tage keine gefochte warme Mahlzeit, bei 15 Prozent war das Schuhzeug in durchaus mangelhaftem Zustande, bei 16,34 Prozent Ober- und Unterkleidung.

Das Dozentenkollegium der Hochschule in Madrid hat einen Aufruf erlassen, worin zur Hilfeleistung für die Gelehrten Deutschlands aufgefordert wird.

Bei den Kämpfen zwischen der jetzigen mexikanischen Regierung und Revolutionären sollen letztere entscheidend gesiegt haben.

gramms, nicht nur das Diktat des Generalkommissars des Völkerbundes könne allein als Ursache der erzielten Erfolge angesehen werden. Die unermüdete, von einem

beherrschten Ersparewille

geleitete Tätigkeit der Bundesregierung habe in unendlich mühevoller Kleinarbeit, an der alle Verwaltungsabteilungen fast gleichen Anteil hätten, die Wendung zum Besseren herbeigeführt. Hinsichtlich seiner Stellung im Verwaltungsorganismus der Republik verwies er darauf, daß er dem Finanzminister unterstellt sei, der auch berufen sei, ihm Anweisungen zu geben, die er bei den anderen Ressorts verwirklicht sehen wolle. Auch könnten die anderen Ressortminister ihm Sonderaufträge erteilen. Die Aufgaben des Sparkommissars gliederten sich in drei Teile: 1. Personalabbau, 2. Verwaltungsabbau, 3. Abbau der sonstigen Ausgabe-wirtschaft.

Der

Personalabbau

habe sich auf vierfache Weise vollzogen: durch freiwilliges Ausscheiden, durch Zwangsabbau, durch Annahmeperrre bis 1925 und durch Beamtenausgleich unter den verschiedenen Behörden. Das freiwillige Ausscheiden sei, befristet bis Ende 1922, mit besonderen Privilegien versehen gewesen, indem den ausgeschiedenen ungefähr für zwei Jahre die bisherigen Bezüge zugesichert worden wären. Für den Zwangsabbau sei eine bestimmte Dienstzeit und ein Lebensalter von 4 Jahren vorgegeben. Jedoch hätten sich die Bestimmungen nicht durchführen lassen, da man gerade die erprobtesten Beamten vielfach am schwersten hätte entbehren können. Die erste Abbauperordnung sei dann mehrfach abgeändert worden. Namentlich hätte man das Verfahren beim Abbau wesentlich vereinfacht. Die letzte Entscheidung, die ursprünglich bei einem Parlamentsausschuß gelegen habe, sei jetzt einer richterlichen Instanz, dem Präsidenten und zwei Räten des Verwaltungsgerichts, übertragen, die aber bisher nur sechs mal angerufen worden sei. Man habe seinerzeit dem Völkerbund die Zahl von 75 000 für die auszuscheidenden Beamten angegeben. Der Völkerbund habe dann aus leicht erklärlichen Erwägungen heraus die Zahl auf 100 000 erhöht. Von diesen sollten bis Ende 1923 75 000 ausgeschieden sein.

Der Redner ging dann im einzelnen auf den Abbau der Verwaltung durch Verringerung der Zahl der Ministerien von 12 auf 7 und die Zusammenlegung ihrer Aufgaben

sowie auf den Abbau der sonstigen Ausgabe-wirtschaft durch Stilllegung von begonnenen Neubauten usw. ein. Eine wesentliche Einschränkung der Ausgaben sei auch dadurch erzielt worden, daß das Finanzministerium die bewilligten Beträge für die einzelnen Ressorts

monatlich aufgestellt

und bestimmt habe, auf welchen Betrag diese Ausgaben innerhalb einer gewissen Frist vermindert werden müßten, so daß die Ressorts sich rechtzeitig darauf einrichten könnten. In Deutschland werde es bei der Größe des Reiches unmöglich sein, die ganze Ersparungsaktion zentralistisch aufzubauen. Bisher habe man ja auch in Deutschland die Sache schon dezentralisiert, und die einzelnen Länder würden früher oder später zur Einsetzung von Ersparungskommissionen schreiten müssen.

Herford und Minden-Ravensberg

20. Dezember.

Arbeitsmarkt.

Weiter unsicher.

Gegenüber der Vorwoche waren in Westfalen und Lippe für einzelne Teilarbeitsmärkte geringe Ansätze zur Besserung festzustellen. Der Beschäftigungsgrad hat sich nach eingegangenen Mitteilungen der öffentlichen Arbeitsnachweise in verschiedenen Industrie- und Gewerbebezügen insofern etwas gehoben, als infolge Neueingangs von Auftrags Wiedereinstellungen — wenn auch nur in ganz beschränktem Maße — von Arbeitskräften, die bisher wegen Arbeitsmangels entlassen waren, stattgefunden haben. Andererseits sind aber wohl in überwiegender Zahl noch viele Werke je nach Art und Wirtschaftlichkeit des Betriebes zur weiteren Beibehaltung der Kurzarbeit oder gänzlichen Stilllegen, wenn nicht gar in Einzelfällen zu neuen Arbeitseinschränkungen gezwungen. Die Gesamtfrage des westfälischen Arbeitsmarktes muß daher trotz der hervorgetretenen geringen Besserung zunächst noch weiter als unsicher und gespannt bezeichnet werden, um so mehr, als die weitere Gestaltung des Arbeitsmarktes von der Entwicklung der übrigen wirtschaftlichen Verhältnisse absolut abhängig ist und die festgestellte schwache Besserung zunächst nur einem ganz geringen Bruchteil aller vorhandenen Erwerbslosen neue Arbeitsmöglichkeiten zu bieten imstande ist. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher noch sehr erheblich und hat sich nicht vermindert.

Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenfürsorge im Reich.

Die Statistik über den Arbeitsmarkt zeigt nach Mitteilungen von zuständiger Stelle gegenwärtig den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit, der seit ihrer zahlenmäßigen Erfassung festgestellt worden ist. Es werden gegenwärtig im besetzten Gebiet noch annähernd 2 Millionen Vollerwerbslose und etwa 50 000 Kurzarbeiter unterstellt. In den übrigen Teilen Deutschlands zählte man am 1. Dezember 1 450 000 unterstellte Vollerwerbslose und 1 830 000 unterstellte Kurzarbeiter. Das ergibt zusammen einen Stand von mindestens 3 450 000 Vollerwerbslosen und 2 330 000 Kurzarbeitern. Von der Statistik werden bekanntlich nur die Unterstellungen erfasst.

Von den im Lebenshaltungshaushalt für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Deutschland vorgesehenen 340 Goldmillionen ist, wie berichtet wird, erst ein relativ geringer Betrag ausbezahlt worden, weil man im besetzten Gebiet einige Wochen lang mit den von der Rentenbank zur Verfügung gestellten 88 Millionen Goldmark auskommen konnte. Der noch verbleibende Rest der Etatsumme, der noch fast 300 Millionen Goldmark betragen dürfte, müßte allerdings noch den getroffenen Dispositionen für die Erwerbslosenfürsorge sowohl des besetzten wie des unbefetzten Deutschland bis zum 31. März ausreichen.

mtb. Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung).

Der letzte Rausch des kleinen Emil Scheuermann.

7. Roman von S. Fischer-Cwojdzinska.
Nachdruckrecht bei August Scherl G. m. b. H. Berlin

„Licht machen“, befahl der Graf, als das Zimmer genügend durch die Vorhänge verdunkelt worden war.

Er stellte sich vor einen dreiteiligen Spiegel. Lässig die Hilfeleistung seiner Umgebung hinnehmend, vertauschte er seinen Anzug mit dem neuen, von Berg u. Co. gelieferten. Emil studierte jede Miene, jede Bewegung von ihm mit innigster Aufmerksamkeit. Wie der Graf zuweilen über sein Haar strich, wie er ein Stäubchen von seinem Knebel nahm, wie er mit dem Kopf zuckte, wenn ihm ein Handgriff des Dieners nicht angenehm war. Dabei betrachtete er sich nicht etwa lange im Spiegel. Ein Blick hatte genügt, um zu sehen, daß Berg u. Co. gut gearbeitet hatte. Er sprach keinerlei Beifall aus, aber da sein Gesicht den angenehmen Zug behielt, sah Emil, der Herr Graf war zufrieden.

„Mehr köstlich Wasser“, hörte er ihn jetzt sagen, und während der dienende Geist lautlos dem Befehl nachkam, winkte ein Kopfschütteln Emil heran. Der Graf deutete auf seinen alten Anzug.

„Das da, was an der Erde liegt, können Sie behalten“, erklärte er in seiner kurzen, wohlwollenden Weise.

Emil wußte nicht, ob er sich freuen oder ärgern sollte. Er hielt es für das Klügste, sich zu freuen, denn zu einer solchen Gewandlung kam er nicht alle Tage. Immerhin überragte sich sein Gesicht mit peinlichem Rot, als er sich bückte und die Sachen zusammenlegte. Der Graf mochte

seine Situation empfinden, mehr noch, es mochte ihm leid tun, sein Wohlwollen für Emil nicht zarter ausgedrückt zu haben. Er bedeutete nunmehr dem Diener, alles gut einzupacken und es dem Begleiter des jungen „Gesandten von Berg u. Co.“ zu übergeben.

„Was sind Sie von Hause aus?“ fragte er, seinen durchdringenden Blick mit Interesse auf Emil richtend.

Emil durchfuhr einen Augenblick der Gedanke, die Geschichte von der „adligen armen Mutter“ zu erzählen, die aus Neigung einen einfachen Bürgermann geheiratet hatte. Aber er vermochte es nicht, der Blick des selbstbewußten, herrischen Aristokraten ging bis in das letzte Winkelchen seines Herzens. So ein Mann ließ sich nichts vormachen. Entschuldig mußte seine Verachtung sein, wenn er hinter irgendeinen Schwindel kam.

„Mein Vater ist Schneider“, erklärte er wahrheitsgetreu.

„Und Sie auch?“

„Ja?“ Emil blickte in den Spiegel vor sich und sah einen feinen jungen Mann in einem hellen Zimmer stehen. Dieser feine junge Mann bestand großartig neben der prachtvollen Figur des Grafen Hefekiel, und Emil wunderte sich, wie er nur ein Schneider sein sollte. Zum ersten Male quälte ihn das Bewußtsein seines Standes nach den äußeren Herrlichkeiten des Lebens wurde zur Leidenschaft.

„Ich bin ein Dummkopf“, sagte er plötzlich, und die Tränen stiegen ihm in die Augen, „denn sonst würde ich nicht immer vergessen, daß ich nur junger Mann bei Berg u. Co. bin.“

Der Graf hörte etwas verwundert zu. Er betrachtete Emil noch einmal sehr eingehend, dann trat er zu ihm und legte ihm die Hand auf die Schulter, zum Erstaunen seines Dieners, der seinen Herrn so interessiert für Fremde nicht kannte.

„Ja“, sagte Hefekiel, „manchmal sieht es von unten so schön aus, wenn einer auf einem Thron sitzt und eine Krone trägt. Aber so eine Krone verursacht immer unfreien Kopf. Sie drückt, und der Zuschauer weiß nicht, wie gern so ein Beneideter mal den Reigen lösen, das unbequeme Ding vom Haupte nehmen möchte. Ich will Ihnen eine gute Regel geben: Schauen Sie zu, daß Sie freien Kopf behalten und ärgeln Sie nicht nach fernem Planeten. Hauptsache: auf der Erde festen Fuß behalten. Verstehen Sie? Ohne Schwanken Asphalt treten können, ist besser, als auf einem unsicheren Gaul reiten.“

Er rief einen Moment die Augen zusammen, zwei scharfe Falten gruben sich um seinen Mund, die dem prägnanten Gesicht etwas Schlafes, Resigniertes gaben. Doch das währte eben nur einen Augenblick, dann straffte sich der ganze Mensch wieder, der Hochmut glättete Stirn und Wangen, jene Undurchdringlichkeit umgab ihn, die jeder Vertrauliche unmöglich machte.

Emil ging mit dem Kaufburschen die großen Steintreppen hinunter, das schwere Portal öffnete sich wieder und seiner geräuschlosen Feierlichkeit. Draußen war es warm und so sonnig, daß Emil sich erst besinnen mußte: es war ja Mai. In dem stillen, vornehmen Hause hatte man es kaum bemerkt.

Vor dem Hefekielschen Besitztum fuhr ein eleganter Wagen langsam hin und her. Eine Dame saß in dem Fond und sah ungeduldig die Fensterreihen entlang. Emil betrachtete sie mit Interesse. Nicht etwa, weil sie fein aussah und der Welt anzugehören schien, nach der er sich sehr sehr sonderlich ihr Gesicht ihm aufstellte, ein gelbliches, ovales Gesicht, die Augen darin schmalgeschlitten und leidenschaftlich wie er noch keine gesehen hatte. Er richtete seine Blicke konstant auf dieses Frauenantlitz, ein Feind teilte seine Lippen, doch war er sich nicht eines kleinsten Wunsches bewußt.

Fortschreibung folgt.

wirtschaft durch
ein. Eine we-
auch dadurch er-
die bewilligten

diese Ausgaben
werden müssen,
auf einrichten
röße des Reiches
on zentralistisch
in Deutschland
einzelnen Länder
von Erparungs-

ensberg

0. Dezember.

tsalen und Lippe
afache zur Besse-
hat sich nach
en Arbeitsnach-
überbezweigen in-
gangs von Auf-
nur in ganz be-
ie bisher wegen
den haben. An-
Zahl noch viele
es Betriebes zur
gänzlichen Still-
einen Arbeitsein-
des westfälisch-
der hervorgetre-
eiter als unsicher
er, als die weitere
Entwicklung der
ut abhängig ist
nächst nur einem
en Erwerbslosen
de ist. Die Zahl
lich und hat sich

ge im Reich.

eigt nach Mitten-
den höchsten
hemnähigen Ge-
gegenwärtig im
en Vollerwerbs-
stützt. In den
am 1. Dezember
1 830 000 unter-
einen Stand von
2 330 000 Ar-
annlich nur die
die Erwerbslosen
Deutschland vor-
ert wird, erst ein
en, weil man im
n von der Renten-
Goldmark aus-
t der Statistiken
betragen dürfte
positionen für die
wie des un-
reichen.

enshaltungskosten
tung und Besei-
t es von unten
gt und eine Krou-
er unfreien Kopf-
wie gern so ein
equeine Ding vom
eine gute Regel
kopf behalten und
auptfache: auf der
? Ohne Schwanz
s auf einem um-

zusammen, weil
nd, die dem prä-
tes gaben. Doch
dann straffte sich
lätete Stirn und
b ihn, die jeder
ie großen Stein-
ete sich wieder
en war es warm
en mußte: es war
ufe hatte man
hr ein eleganter
sah in dem Fom-
ntlang. Emil be-
eil sie fein aus-
der er sich selbst
gelbliches, ovales
nd leidenschaftlich
te seine Blide zu-
er teilte seine Ge-
Wunsches bewußt
vorfegung folgt.

ung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 17. Dezember auf das 1163 Milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1269 Milliarden) ist demnach eine Abnahme von 8,4 v. H. zu verzeichnen. — Die auf den Stichtag des 18. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes (Goldstand 1913 = 100) ist gegenüber dem Stande vom 11. Dezember (127,4) um 2,3 v. H. auf 124,5 zurückgegangen. Diese Bewegung wird vornehmlich durch die anhaltende Senkung der Lebensmittelpreise, besonders der Getreide-, Kartoffeln-, Fleisch- und Fettpreise, bewirkt.

Die neuen Zuständigkeiten der Landesfinanzämter und Finanzämter. Die Zuständigkeit der Finanzämter für die Anrechnung oder Erstattung der meisten Steuern aus Billigkeitsgründen ist jetzt vom Reichsminister der Finanzen zum Betrage von 30 Goldmark festgelegt worden. Es gilt dies für den Wehrbeitrag, die Einkommensteuer, die Kriegsteuern, die Kriegsabgabe, das Reichsnotopfer, die Kapitalertragsteuer, die Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer, die Brotverforgungsabgabe, die Arbeitgeberabgabe, die Landabgabe, die Rhein-Ruhr-Abgabe und die Zwangsanleihe. Die Zuständigkeit der Landesfinanzämter geht bis zu 300 Goldmark. Zur Ablehnung von Vergünstigungen sind die Landesfinanzämter ohne Rücksicht auf den Wert des Antrages und ohne Rücksicht auf die Höhe der Strafe für alle Steuerarten zuständig.

Benutzung der alten Frachtbriefe nur bis Jahresende. Die Frachtbriefmuster von 1921 kann laut Verfügung des Reichsverkehrsministers nur noch bis zum 1. Januar 1924 benutzt werden.

Ein Notverkauf von Torf. Auf dem hiesigen Kadebahnhof hatte eine Firma seit mehreren Tagen sieben Waggon Torf stehen, ohne daß es ihr möglich gewesen wäre, die Fracht der Ladungen einzulösen. Zu der hohen Beförderungsgebühr kam das täglich sich vermehrende Staudgeld. Gestern morgen sollten nun auf Grund der Bestimmungen der Eisenbahn-Verkehrsordnung diese sieben Waggon Torf durch den Gerichtsvollzieher öffentlich versteigert werden. Zur Versteigerung ist es aber nicht gekommen, denn es war gelungen, die Ware vorher gegen einen ziemlich geringen Betrag abzustößen. Wie man hört, soll für den Zentner nicht einmal eine Mark bezahlt sein. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Fracht für einen Zentner sich auf etwa 80 Pf. stellen wird, kann man ermessen, wie wenig befriedigend dieser Notverkauf vonstatten gegangen ist. Wir werden wohl in den nächsten Wochen noch des öfteren Notverkäufe erleben von Firmen, die nicht ganz fest im Sattel sitzen, und vielleicht werden dabei manche Nachkriegsgeiztzen in der Flut versinken.

Patete nach Deutsch-Österreich und darüber hinaus werden von den Postanstalten wieder zur Beförderung angenommen.

Verpachtung des Waldrieden-Restaurants. Auf die Ausschreibung der Stadtverwaltung betr. Neuverpachtung des Waldrieden-Restaurants sind acht Angebote eingegangen. Die vorgeschlagenen Pachtsummen schwanken zwischen 900 und 4000 Goldmark. Zu den Reaktanten gehört auch der bisherige Pächter Baumann.

Weihnachtsfeier für Kriegsbeschädigte. Gestern in den Abendstunden fand in den Räumen des Stadttheaters die Beförderung der Kriegswitwen, Kriegsbeschädigten und der Kriegereckern statt. Die Fürsorgestelle Herford-Stadt hatte sie zu einer gemeinsamen Feier eingeladen. Ein Quartett des städtischen Orchesters und die Fortkinder unter Fräulein Huchermehrs Leitung wirkten bei dem Programm, das vom Beirat der Fürsorgestelle aufgestellt war, in freundlicher Weise mit. Dem Leiter der Fürsorgestelle, Herrn Verwaltungsinspektor Holtmann, ist es gelungen, eine wirklich vorzügliche Beförderung durchzuführen. Jede Kriegswitwe erhielt ein Paket, das sie dankbaren Herzens mit nach Hause nahm. Die Sponser all' der Herrlichkeiten, sei es nun Mehl oder Margarine, Schokolade oder ein warmes Unterrock, dürfen sich des Dankes aller Bescherten erfreuen. Be-ehert wurden 400 Kriegswitwen mit 800 Kindern, 60 Schwerkrriegsbeschädigte mit ihren Familien und 50 Kriegereckern. Die alten Männer und Frauen, die ihren Sohn im Kriege verloren hatten, schieden mit dankbarem Sinn aus der schönen Feier, die nach stündiger Dauer beendet war. Herzlicher Dank sei all' denen gesagt, die durch tätige Liebe so vielen Menschen eine Freude bereitet haben. Die örtliche Fürsorgestelle und ihre Beamten und Angestellten haben durch diese wohlgeleitete Veranstaltung erneut bewiesen, daß sie auf dem Posten sind, wenn es gilt, die Not der Kriegsopfer zu lindern.

Aus Nachbarschaft und aller Welt

Lage. Durch die städtische Berufsfeuerwehr in Bielefeld wurde der Stadt ein günstiges Angebot auf Erwerb einer Motorspritze gemacht. Nachdem eine Kommission eine Besichtigung an Ort und Stelle vorgenommen und sich von der Brauchbarkeit und Zweckmäßigkeit überzeugt hatte, wurde der Ankauf der Spritze beschlossen. Der Ankauf mußte umgehend erfolgen, weil um den Erwerb der Spritze sich mehrere Städte stark bemühten. Eine günstigere Gelegenheit, zu einem guten, brauchbaren Löschgerät zu gelangen, hätte sich wohl nicht wieder geboten. Die Motorspritze hat einen Gesamtwert von 6000 Goldmark, die Besitzerin hat sich jedoch entgegenkommenderweise bereit erklärt, der Stadt die Spritze, die erst acht Monate im Betrieb ist, zu einem Preise von 3500 Goldmark zu überlassen. Da die Stadt zurzeit außerstande ist, die Mittel für die Beschaffung der Motorspritze allein aufzubringen, müssen diese durch freiwillige Stiftungen der Bürgerschaft, insbesondere der Industrie und des Handels, die mit ihrem mehr oder weniger großen Fabriken und Vageregebäuden das größte Interesse an einem ausreichenden Feuerchutz haben, beschafft werden.

Mineln. Unter der Firma „Rohr- und Weidenindustrie A.-G.“ ist in Hannover mit einem Kapital von 500 000 000 Mark eine Aktiengesellschaft gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation aller aus Rohr und Weiden herstellbarer Fabrikate. Die Gesellschaft führt die Zusammenfassung der sehr umfangreichen Rohr- und Weidenindustrie des Wefergebietes durch und wird in den eigenen Fabrikationsräumen etwa 200 bis 300 Arbeiter be-

Unsere Boten sind beauftragt, von heute ab nur noch Reichsgeld oder Notgeld der Stadt oder des Landkreises Herford in Zahlung zu nehmen. Herforder Zeitung für Stadt und Land.

schäftigen. Die in Betracht kommenden Kommunalverbände haben sich bereit erklärt, unter Inanspruchnahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge die erforderlichen Arbeitskräfte zu stellen. Vorstand der Gesellschaft sind: Kaufmann Paul Gustodt-Hameln, Kaufmann Albert Hüh-Gameln. Der Aufsichtsrat bilden: Geh. Bergrat Adolf Schläpfer-Hannover, Syndikus Hans Schäfer-Hannover, Fabrikdirektor Frhr. v. Thielen-Hannover, Kaufmann Alb. Wörsch-Hannover.

Paderborn. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich mit einer Eingabe des Elternrates der Realschule, die dringend darum vorstellte, die Stadt möge die hiesige Realschule in eine Oberrealschule umwandeln. Die Eltern hatten sich bereit erklärt, die Baukosten zu tragen und zu verzinsen. Der Magistrat hatte schon vorher den Ausbau mit Rücksicht auf die schwierigen finanziellen Verhältnisse abgelehnt. Oberbürgermeister Gaerten bekräftigte diese Ablehnung des Magistrats und erklärte den Ausbau der Anstalt für eine glatte Unmöglichkeit. Die Stadt sei nicht einmal in der Lage, die Volksschulen in der bisherigen Weise fortzuführen. Zu den drei höheren Töchterschulen habe die Stadt für 1923 bisher 2000 Billionen leisten müssen und die staatlichen Zuschüsse blieben überhaupt aus. Unter diesen Umständen und bei der Tragweite einer Folgegebarung der Eingabe nahm das Kollegium von einer Besprechung Abstand, bis die finanzielle Lage mehr geklärt sei. Beschlossen wurde die Erhebung eines Zuschlages von hundert Proz. zur neuen staatlichen Grundvermögenssteuer und die weitere Erhebung des 800millionenfachen Betrages der Gewerbesteuer für 1922 als letzte Rate des dritten Vierteljahres. Eine Gebäudesteuer wird nicht mehr erhoben. Als solche gilt die neue Grundsteuer. Von Bedeutung ist noch der gebilligte Vertragsabschluss über die Rückvergebung des Flugplatzgeländes. Die Stadt hatte dieses sehr große Gelände im Süden der Stadt 1915 dem Militärstützpunkt in Paderborn unter der Voraussetzung, daß ein Flugplatz darauf geschaffen werde. Das ist auch geschehen, der Flugplatz mußte aber eingezogen. Die Vermählungen der Stadt, das Gelände zurückzugeben, scheiterten bisher. Vor Jahresfrist ermächtigte die Stadtverordneten den Magistrat, dieserhalb kläglich gegen die Militärverwaltung vorzugehen. Nun gelang es, ohne Klage eine Einigung zu erzielen dahin, daß die Stadt als Abfindung gegen die Ueberlassung des Geländes samt den Bauten und der Gleisanlage 35 000 Goldmark zahlt; ein für die Stadt sehr günstiges Ergebnis, zumal sie durch den Bahnanschluss das Gelände als günstiges Industrie- und Gewerbegebiet verwerten kann und will. Der Kaufpreis wurde bezahlt aus dem Erlös eines Bauplatzes am Bogen an die Landw. Zentrale, die dort ein Bankhaus ihrer landw. Kassen errichten will, wofür die Stadt 45 000 Goldmark erhielt.

Höfner. Einem Einbrechertrio ist man auf die Spur gekommen; es handelt sich um die drei arbeitslosen Burischen Albert Schmidt aus Nüchtringen, Wilhelm Schniggenfittig und Heinrich Schelp von hier. Gestern ist festgenommen, die beiden anderen, die auch von der Braunschweiger Staatsanwaltschaft fleckenlos verfolgt werden, sind flüchtig. Sie trieben sich, mit Einbrecherwerkzeugen und Schußwaffen ausgerüstet, in der hiesigen Gegend — Holzwinden, Nüchtringen, Boffen, Dahlhausen — herum. Die gestohlenen Sachen wurden zum größten Teile in der elterlichen Wohnung des Schmidt in Nüchtringen zwischen Heu und unter dem Fußboden versteckt aufgefunden. Die Durchsuchung dieses Hehlornestes förderte u. a. auch eine Wäsche, ca. 300 Schuß Infanterie-Munition, Revolver, Dolche, Lotischläger usw. zu Tage.

Lippstadt. Auf Veranlassung des Wehrkreiskommandeurs wurden in dem benachbarten Overhagen und in der Umgebung zehn Bauern verhaftet und von einem größeren Gendarmerieaufgebot nach dem Sennelager abtransportiert. Die Bauern haben die abgelieferte Milch, welche hauptsächlich nach dem besetzten Gebiet geht, mit Wasser und Magermilch derart verdünnt, daß ein Wasserzutat von 40 Prozent festgestellt wurde.

Olpe. In der Nähe unserer Stadt ereignete sich ein schwerer Modelunfall. Rektor S., Rektoratschullehrer C. und ein bei letzterem zur Erholung weilendes junges Mädchen führten auf einem Schlitten die Modelbahn hinab. Dabei kippte an einer stark vereisten abschüssigen Stelle der Schlitten um und die Fahrteilnehmer wurden in den Schnee geschleudert. Das junge Mädchen erlitt so schwere Verletzungen, daß es noch in derselben Nacht starb. C. wurde schwer verletzt, S. blieb unbeschädigt.

Stade. Einer der gemeingefährlichsten Ein- und Ausbrecher der letzten Jahre, der 42jährige Fischer Oskar Kroll aus Hamburg, wurde vom Schwurgericht zu Stade wegen schweren Raubes zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. In Hamburg und Umgebung, ferner in zahlreichen Städten Deutschlands ist er Anführer einer Verbrecherbande gewesen, die zahlreiche Raubzüge verübt hat. Kroll schreckte vor nichts zurück, brach wiederholt aus Strafankstalten aus und schloß auch vor einiger Zeit bei der Verfolgung einen Schutzmann nieder. Der jetzt zur Verhandlung gekommene Raub wurde in der Weise ausgeführt, daß die Anwohner eines Hauses in Höhe überfallen, mit Flüssigkeiten betäubt und mißhandelt wurden. Darauf ist dann der Geldschrank geöffnet und ganz erheblich beraubt worden.

Müppelherrschaft.

Im Goslarer Bürgervereinskollegium kam es zu einer kleinen Senation bei der Behandlung des Punktes: „Hauptamtliche Leitung der Berufsschule“. Der Wortführer erklärte nach der „Gosl. Ztg.“ hierzu, daß die bisherigen Lehrkräfte in großer Zahl ihr Amt niedergelegt hätten und auch der bisherige Leiter um seine Entlassung nachgesucht habe. Unter den Schülern habe sich ein bedauerlicher Mangel an Disziplin sowie lüdenhafter Besuch bemerkbar gemacht. Eine Anzahl Schüler sei bereits wochen- oder gar monatelang nicht mehr zum Unterricht erschienen. Die Ausführenden des Bv. führten offenbart eine geradezu skandalöse Verwaltung der Berufsschule. Vor dem Kriege machte der Unterricht dem Lehrer Freude. Doch nach dem Kriege haben sich die Verhältnisse erschreckend geändert. Jetzt ist es soweit gekommen, daß in der Schule 15- bis 16jährige Bengels dem Lehrer Ohrfeigen anbieten, wenn er sie zurechtweisen muß! (Hört, hört!) Verlangt man etwas, so bekommt man freche Antworten, daß der Lehrer überhaupt nichts zu sagen habe. Unter diesen Umständen wird man bald keinen Lehrer mehr finden, zumal dieser kein Zuchtungsrecht besitzt, um den Flügeln wirksam begegnen zu können. Bv. führer berichtete ergänzend, daß die Zustände in der Handelsschule durchwegs nicht rosig seien. Hier würden sogar „Gangtritte“ mit Stinkbomben organisiert. (Rette Zustand!) — Am unverständlichsten an dieser Geschichte ist die Tatsache, daß eine solche Müppelherrschaft überhaupt entstehen konnte.

Der Schwindler in Offiziersuniform.

In Koburg wurde nach den „Münch. Neuest. Nachr.“ dieser Tage ein Mann festgenommen, der dort unter dem Namen Prinz Hienburg-Braunsfels auftrat. Wie die Erhebungen ergaben, ist der festgenommene ein gefährlicher Hochkapler, der im Sommer d. J. von Berlin nach Bayern kam. In Nürnberg ließ er sich bei der nationalsozialistischen Arbeiterpartei als Mitglied aufnehmen; er fand im Parteibureau Beschäftigung als Schreiber. Im September bestellte er im angeblichen Auftrag des „Staatspolizeiamtes“ — er gab sich als Oberleutnant der Landespolizei aus — bei einem Kraftdroschenbesitzer einen Kraftwagen zur Fahrt nach Berlin. Die Kosten der Fahrt künmeten ihn nicht. Dem Führer des Kraftwagens übergab er in Berlin an Stelle des Geldes einen an das „Staatspolizeiamt“ gerichteten Brief, in dem er mitteilte, daß er aus politischen Gründen aus Nürnberg fliehen mußte. Der Brief war unterzeichnet mit „Fürst Hienburg-Braunsfels“.

In Berlin stieg er als „Freiherr v. Ehr“ in einem der teuersten Hotels ab. Ohne seine Hotelschuld zu bezahlen, fuhr er mit einem Kraftwagen nach Hamburg. Die Fahrt bezahlte er mit einem wertlosen Scheck. In Hamburg nahm er wieder in einem erstklassigen Hotel Quartier und bezahlte nichts. Er verschwand für einige Zeit aus Hamburg und trieb sich anscheinend in verschiedenen Städten des Rheinlandes umher. Als er wieder in Hamburg auftauchte, suchte und fand er Anstich auf den deutschpöhlischen Familienkreise. Diesmal nannte er sich Polizeileutnant Alexander Rogge — er zeigte auch einen Paß auf diesen Namen vor — über v. Braunsfels. Er trug stets feldgraue Offiziersuniform, Samaschen und Sporen, manchmal auch eine Armbinde und ein Engels. So ausgestattet erschien er bei einem Antikengeschäft und mietete sich einen Wagen nebst Führer zu einer Fahrt nach Würzburg, um dort, wie er erklärte, zwei Herren, darunter einen „Staatskommissar“, zu holen. Als Sicherheit hinterlegte er einen wertlosen Scheck; auf einen gleichen Scheck ließ er sich noch 500 Goldmark geben.

Ueber Würzburg fuhr Rogge mit dem Kraftwagen nach München, wo er nach seiner Gepflogenheit mit dem korrumpierten Wagenführer in einem vornehmen Hotel abstieg; auf dem Medeggettel trug er sich als Oberleutnant Alexander Rogge ein. Das Personal ersuchte er, bei Anfragen über seine Person die Auskunft zu verweigern, da er sich „in geheimer Mission“ hier aufhalte. Er suchte Anstich auf vaterländische Kreise und verschaffte sich Geld gegen wertlose Schecks. Um das Zutrauen zu erhöhen, trug er das Eisener Kreuz 2. und 1. Klasse. Die Wohnung für Hotel, Garage und Betriebsstoff beglich er mit ungedeckten Schecks. Von München fuhr er im Kraftwagen nach Koburg, wo seinem Treiben ein Ende bereitet wurde.

Rogge, bei dem außer auf seinen Namen Papiere auf den Namen Konrad Kessler, Landjägerkorps, und eine Mitgliedskarte des DGB. auf den Namen Georg Werner gefunden wurden, ist wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Unterschlagung bestraft. Die Offiziersuniform hat er sich stückweise bei Trödlern zusammengekauft. Man vermutet, daß er während seines Münchener Aufenthaltes weitere noch nicht bekannte Schwindelzüge verübt hat.

Märkte

Essen, 17. Dez. Auftrieb zum heutigen Schlachtviehmarkt 752 Stück Großvieh; hiervon 149 Ochsen, 137 Bullen, 362 Färsen und Kühe, 104 geringgenährtes Jungvieh, 1074 Kälber, 339 Schafe, 4843 Schweine. Es kostete das Pfund Lebendgewicht in Milliarden: Ochsen a) und b) 500—600, c) und d) 350—480 Mark, Bullen a) —, b) und c) 250—400 Mark, Kühe und Färsen a) und b) 500 bis 600, c) und d) 350—480, e) 200—300 Mark, Jungvieh 200 bis 350 Mark, Kälber a) 800—900, b) 600—700, c) 400—500, d) 300 bis 400 Mark, Stallmastschafe —, Weidemastschafe a) und b) 200 bis 500 Mark, Schweine a), b) und c) 450—550, d) e) und f) 300 bis 425 Mark. — Tendenz: Infolge schlechten Ladengeschäftes der Vorwoche war heute trotz des großen Preisrückganges nur sehr langames Geschäft. Erheblicher Ueberstand.

Wirtschaftsleben

Dollar 4,2 Billionen.

Berlin, 19. Dez. Am Devisenmarkt hat die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln weiter nachgelassen. Andererseits gibt die Notwendigkeit, die erforderlichen Mittel für die Betriebsführung, Steuerzahlungen usw. bereitzustellen, der Industrie die Veranlassung, Abgaben vorzunehmen. Soweit sich übersehen läßt, haben sich bei der Reichsbank die Ablieferungen noch vermindert. Andererseits kamen auch heute während der amtlichen Notierungen in einer Reihe von Valuten erheblichere Beträge an den Markt, so daß mehrfach die Zuteilung wesentlich erhöht, andererseits in Devisen, die noch in den letzten Tagen stärker repariert waren, eine volle Zuteilung erfolgen konnte.

Die Kursfeststellung ergab im großen und ganzen das- selbe Bild. Kabel Newyork stellte sich auf 4,2 Billionen, London auf 18,4 Billionen.

Die Zuteilung in den Hauptvaluten London, Holland und Kabel Newyork betrug auch heute 6 Prozent.

Die

Marktbewegung im Auslande

hält sich etwa auf dem Niveau der gestrigen Notierungen. Am internationalen Markt liegt dagegen der französische Franken nach wie vor ausgesprochen schwach. London gegen Paris etwa 83,30—83,40.

Am Markt der

Dollarzinsbewegungen

lagen heute nicht in dem gleichen Maße wie gestern Abgaben vor, dagegen war allerdings auch die Nachfrage geringer, so daß bei einem Kurse von 4,2 Billionen wieder eine Zuteilung von circa 40 Prozent erfolgen konnte. In

Geldanleihe

blieb auch heute das Geschäft ruhig. Der Kurs stellte sich ebenfalls auf 4,2 Billionen bei voller Zuweisung auf die Anforderungen. Erstmalig amtlich notiert wurde heute die Rhein-Main-Donau-Geldanleihe mit 3,1 Bi. bez.

Berliner Börse vom 19. Dez. Von der Geldzinsbewegung, die an den beiden letzten Börsen geherrscht hatte, ist heute nichts mehr zu spüren. An der heutigen Börse zeigten sich vielmehr bereits die

Auswirkungen der bevorstehenden achtägigen Unterbrechung des Effektenhandels. Unter dieser Unterbrechung erleidet bereits jetzt das Geschäft eine starke Einbuße, so daß die Umsätze wieder auf den geringst möglichen Umfang zurückgegangen sind. Die Tendenz ist dabei leicht abgeschwächt, doch sind die Kurseinbußen keineswegs erheblich und erreichen nicht das Ausmaß der Steigerungen der letzten Börsen. Diese Haltung ist in erster Linie eine Folge des überall vorherrschenden Glatzstellungsbedürfnisses. Das Publikum hat wieder eher mehr Verkäufe gegeben, wahrscheinlich unter dem Gesichtspunkt, daß heute der letzte Verkaufstag ist, wenn man noch vor den Weihnachtstagen in den Besitz des Gegenwertes kommen will.

Die leichten Kurseinbußen waren auf der ganzen Linie zu verzeichnen. Nach den ersten Kursen blieb die Tendenz weiter sehr unsicher. Die meisten Papiere gaben weiter nach, vereinzelt waren jedoch auch unbedeutende Erholungen festzustellen. Das Kursniveau dürfte eine durchschnittliche Senkung von ca. 10-15 Prozent erfahren haben.

Berliner Getreidemarkt.

Abwärtsende Preise.

Berlin, 19. Dez. Die heutige Berliner Produktenbörse verhielt in listloser Haltung. Das Angebot der Provinz war nicht groß, reichte aber bei der geringen Nachfrage vollkommen aus. Die Börse steht bereits im Zeichen der bevorstehenden Weihnachtstages, so daß größere Umsätze auch in den nächsten Tagen nicht zu erwarten sind. Die Preise bröckeln weiter ab.

Es notierten in Goldmark für 1 Lo. bei Getreide und Hülsenfrüchten, für 1 Dg. bei Mehl und Futtermitteln: Märk. Weizen 164 bis 166, pomm. 165, märk. Roggen 138-142, pomm. 139, Sommergerste 158-160, märk. Hafer 120-124, Weizenmehl 25-29, Roggenmehl 23,50-26, Weizenkleie 7,50-7,75, Roggenkleie 7,25-7,50, Hafer 265-270, Vitoriaerböen 44-48, kleine Speiserböen 24-26, Napskuchen 11,25-11,75, Peluschen 14-17, Serrabella 17-21, Lupinen blau 15-20, gelb 16-22, Kartoffelflocken 17-18, Aderbohnen 13-15, Wicken 16-18,50.

Rauhfutter: Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 60 bis 80, d. Haferstroh 50-70, do. Gerstenstroh 50-70, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 50, Häcksel 130-140, handelsübli. Heu 110-120, gutes Heu 130-150 Pfg.

Osnabrück als Zentrale des nordwestdeutschen Viehhandels.

Mit dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet hatte der Nutz- und Zuchtviehmarkt in Dortmund, der bekanntlich auch aus dem hiesigen Regierungsbezirk sehr stark beschickt wurde, seine Bedeutung für die hiesige Gegend verloren. Seit einigen Monaten findet, wie bekannt, dieser sog. „Dortmunder Markt“ in Osnabrück statt, der von den Viehhändlervereinigungen des ganzen Nordwestens mit Vieh reich beschickt wird. Die praktischen, ausgedehnten Anlagen unseres Viehhofes ermöglichen eine reiblos glatte Abwicklung des An- und Abtransportes des Viehs wie überhaupt des ganzen Marktverkehrs, so daß dieser Nutz- und Zuchtviehmarkt am Mittwoch jeder Woche eine Entwicklung bzw. Ausdehnung angenommen hat, daß er, wie von sachmännlicher Seite versichert wurde, als der bedeutendste Markt von Nordwestdeutschland, wenn nicht Deutschlands überhaupt, angesprochen werden kann. Am Mittwoch voriger Woche z. B. waren nicht weniger als 1500 Stück Rindvieh und über 1000 Ferkel angetrieben. Osnabrück als eine Zentrale des nordwestdeutschen Viehhandels ist wirtschaftlich genommen gewiß

von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und weiteste Kreise wird es interessieren zu wissen, daß beste Aussicht besteht, daß Osnabrück diesen Nutz- und Zuchtviehmarkt auch in Zukunft, also nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse im Ruhrgebiet, beibehalten wird. Die Viehhändlervereinigungen sind sich bereits betreffend Beschickung des Marktes nach dieser Richtung hin schlüssig geworden, und mit der Stadt Osnabrück werden bereits seit längerem Verhandlungen gepflogen, hier eine große Viehhalle zu errichten, mit deren Bau dem Vernehmen nach bereits im Frühjahr nächsten Jahres begonnen werden soll. Um Irrtümern zu begegnen, und mit Bezug auf eine frühere Notiz sei ausdrücklich festgestellt, daß der sog. „Dortmunder Markt“ nach wie vor am Mittwoch jeder Woche auf dem Viehhof in Osnabrück stattfindet.

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger F. r. K. H. L. für die Anzeigen: F. r. K. H. L. in Herford. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streit hat weder der Verleger noch der Inhaber Anspruch auf Nachlieferung oder Entschädigung.

In unser Handelsregister wurde eingetragen:

Am 6. 12. 1923 A 862: die Firma „Willi Hempelmann, Faß- und Ristenhandlung“, in Herford und als deren Inhaber der Kaufmann Willi Hempelmann in Herford.

Am 7. 12. 1923 A 773: bei der Firma „Gustav Tiefötter, Stahlrohrmattenfabrik“ in Herford, daß die dem Kaufmann Heinrich Hoffmann in Herford erteilte Procura erloschen ist.

Am 6. 12. 1923 B 23: bei der Firma „Elektrozitatzwerk Minden-Ravensberg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Herford, daß auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 24. 10. 1923 das Stammkapital um 280 000 M erhöht worden ist und jetzt 20 784 500 M beträgt.

Am 12. 12. 1923 B 107: „Herforder Rohr- und Weidenmöbelwerk — Siebrasse und Olheide — Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Herford. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Juli bzw. 26. Oktober 1923 geschlossen worden. Die Dauer der Gesellschaft ist auf 5 Jahre bestimmt. Wenn nicht spätestens 1/2 Jahr vor Ablauf gekündigt wird. Gegenstand des Unternehmens ist die Gründung und der Betrieb einer Rohr- und Weidenmöbelfabrik, die Herstellung der Produkte hieraus und der Handel mit diesen oder ähnlichen Handelsartikeln sowie den zugehörigen Rohstoffen und Halbfabrikaten. Das Stammkapital beträgt 100 000 000 000 M. Die Geschäftsführer sind Kaufmann Emil Siebrasse und Werkführer Heinrich Olheide, beide zu Herford. Die Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft in Kollektiv-Vollmacht. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch das Herforder Kreisblatt.

Am 14. 12. 1923 B 105: bei der Firma „Lühl u. Sievers, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Herford, daß dem Kaufmann Carl Meyer in Herford Procura erteilt worden ist.

Am 14. 12. 1923 B 108: „C. A. Laux, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Herford. Der Gesellschaftsvertrag

ist am 6. 11. 1923 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Haus- und Küchengeräten, Glas, Porzellan und Haushaltsgegenständen jeder Art im Groß- und Kleinhandel, sowie der Erwerb und die Fortführung des unter der Firma C. A. Laux in Herford bereits bestehenden Unternehmens. Das Stammkapital beträgt 6,3 Milliarden Mark. Die Geschäftsführer sind die Kaufleute Hermann und Oswald Laux in Herford. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.

Am 17. 12. 1923 B 109: die Ludwig Weinrich Aktiengesellschaft in Herford. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. 1923 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme und die Fortführung des unter der Firma „Ludwig Weinrich Schokoladen- und Keks-Fabriken“ in Herford betriebenen Unternehmens, die Fabrikation und der Handel mit Waren aller Art, namentlich mit Schokolade und Schokoladen. Das Grundkapital beträgt 25 Millionen Mark und ist in Inhaberk Aktien zu je 100 000 M geteilt. Der Fabrikant Ludwig Weinrich sen. bringt das von ihm unter der Firma Ludwig Weinrich, Schokoladen- und Keks-Fabriken zu Herford betriebene Fabrikgeschäft mit allen Ven und Passiven, insbesondere die der Firma gehörigen dem Betriebe des Geschäfts dienenden zu Herford, Zimmstraße 1 belegenen Grundstücke, eingetragen im Grundbuche von Bahrenfeld, Radewitz Bd. 20, Bl. 12 auf den Namen der früheren Firma Weinrich u. Drüge, sowie auch alle dem Betriebe dienenden Maschinen und sonstigen Fabrikationseinrichtungen alles nach dem Stande mit dem 26. 11. 1923 aufgestellten Bilanz ein. Dafür erhält er 24 600 000 M Aktien der neuen Gesellschaft zum Nennwert. Die restlichen 400 000 M Aktien sind in 80 Kursen von 80 Millionen Prozent begeben. Der Vorstand besteht je nach Bestimmung des Aufsichtsrats aus einer Person oder mehreren Mitgliedern. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Berufung der Generalversammlung erfolgt soweit Gesetz nichts anderes bestimmt ist, durch einmalige Versammlung im Reichsanzeiger und zwar mindestens 18 Tage vor dem Termin. Gründer der Gesellschaft sind Ludwig Weinrich sen. und jun., Frau Ludwig Weinrich sen., Herbert Weinrich, Fritz Rinow, sämtlich in Herford. Diese Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Der Vorstand ist der Kaufmann Herbert Weinrich in Herford. Mitglieder des Aufsichtsrats sind Ludwig Weinrich sen. und jun. in Herford, Bankdirektor Wilhelm Zentgraf in Herford. Von den bei der Anmeldung eingereichten Schriftstücken kann bei Gericht Einsicht genommen werden, vom Finanzbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer in Bielefeld. Dem Kaufmann Fritz Rinow in Herford ist Profura erteilt derart, daß er die Gesellschaft vertritt und die Firma zeichnen kann entweder in Verbindung mit einem Vorstandsmitgliede oder einem Generaldirektorenmitglied oder wenn mehrere Prokuristen bestellt sind mit einem anderen Prokuristen.

Amtsgericht Herford

In allen Abteilungen: Herabgesetzte Preise!

Wemmer Nachf.

Wir rauchen nur!



MORITZ GENTMANN * HERFORD i. W. RENNSTR. 4
Verlangen Sie Preisliste und versuchen Sie Probesendung,
dort finden Sie für den

Weihnachtstisch

die feinsten Qualitäten zu vorteilhaften Preisen.
Beachten Sie die Fenster-Auslagen!

Stadttheater.

Weihnachts-Spielplan.

Dienstag, 25. Dezember,
7 1/2 Uhr:

Der
ungetreue Eckehart.
Schwank von Hans Sturm.

Mittwoch, 26. Dezember,
7 1/2 Uhr:

Die Anna-Liese.
Histor. Lustspiel von
Heinrich Hersch.

Donnerstag, den 27. Dez.,
7 1/2 Uhr:

Der
ungetreue Eckehart.

Am Montag, den 24. Dezember d. J.

bleiben unsere Kassen und Büros

geschlossen.

Barmer Bank-Verein

Hinsberg, Fischer & Co., Herford.

Gewerbebank o. G. m. b. H.,
Herfo d.

Industrie u. Landbank Wetzell & Cie.
Kommanditgesellschaft, Herford.

Stadtbank Herford.

Direction d. Disconto-Gesellschaft

Zweigstelle Herford.

Herforder Bank

Zweiganstalt der Osnabrücker-
Bank, Herford.

Kreissparkasse Herford.

Stadtparkasse Herford.

Kolonialwaren-

oder Lebensmittelgroßhändler, nur achtbare Firmen mit eigenem Gespann, ist Gelegenheit gegeben, Generalvertretung mit Fabrikniederlage einer alten, leistungsfähigen Gemüses- und Obstkonservefabrik (vorzügliche Erzeugnisse) zu übernehmen. Angebote mit näheren Angaben erbet. unter H. P. 939 an Als. Haasenstien & Vogler, Hannover.

Achtung! Für das Weihnachtsfest Achtung!

empfehle besonders preiswert

Geschenkpäckchen in grosser Auswahl von 50 Pfg. an

Toilettenseife 6 St. im Kart. 90 Pfg.

Glycerinseife, ca. 70 Gramm, 18 Pfg.

Prima Kerneise, Doppelst. 28 Pfg.

Sämliche Seifenpulver besonders billig solange Vorrat reicht.

Seifen-Verkauf Steinstrasse 24.

Wir suchen zum sofortigen Einsteigen

gewandten, banktechnisch gebildeten

Buchhalter

der mögl. schon im Bankfach tätig

J. Elsbach & Co. A.

mit Zubehör zu kaufen.

Edhardt, Bielefeld, Büchsenmacher

Gehrenberg 16, Fernspr. 144

Zu den Feiertagen

empfehle:

Roulladen

Schieres

Suppenfleisch

Gehacktes

Als Aufschnitt:

ff. Plockwurst, Fleischwurst

Leberwurst, Sülze

und Braunschweiger.

Paul Oetzmann, Herford / Credenstr. 34

Telefon 657.

Achtung!

Eine Ladung offenfertiges

Bündelholz

unentbehrlich für die Haus-

frau beim Anmachen des

Feuers, abzugeben in Groß-

und Kleinverpackung

Salob Schmitt

Stiftbergstr. 1, Telefon 1123.

Vertäufserin

branchenfremd, 22 J. alt,

suche gleich oder 15 Jan.

Stell. in Konditorei oder

Konfektur-Geschäft.

Angebote an Fischer,

Stolzenau (Wefer), Hof-

straße 37, erbeten.

Tiemeyer, Stiftberg.

Morgen, Weihnachtsmarkt:

TANZ.